

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 31 • Landtagssitzung 13./14. Mai 2009

Gute Arbeit - gerechter Lohn?

„In der Krise Zukunft gestalten. Gute Arbeit - gerechter Lohn“ lautete das Thema der **Aktuellen Stunde**, das die SPD-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Was haben die SPD und ein Heißluftballon gemeinsam? Beide wollen aufsteigen, der aktuelle Wind bestimmt die Fahrtrichtung, viel heiße Luft wird produziert und letztlich endet es in einer harten Landung. Wir haben Wahlkampf. Dies ist das eigentliche Thema der aktuellen Stunde.

Gehörten nicht einst zu den

Beschäftigung dramatisch gewachsen ist, dass ein Drittel aller Kinder in Armut lebt und dass eine nicht zu beschreibende Altersarmut auf uns zukommt. Hartz IV hat zu Lohndumping und noch größeren Ängsten unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Zu Ängsten, den Arbeitsplatz zu verlieren, zu Ängsten vor sozialem Abstieg. Zeitgleich wird die **aktive Arbeitsmarktpolitik** im Bund und im Land **aufgegeben**.

Die SPD hat alle Neoliberalen und Marktradikalen

Midi-, Teilzeit- oder befristete Jobs erleben eine einzigartige Konjunktur. Viele davon sind Aufstocker, die zwar sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, aber auf ergänzendes Hartz IV angewiesen sind.

Meine Fraktion und Partei fordern einen **Schutzschirm für die Menschen**. U.a. brauchen wir einen **gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro** und endlich ein **Landestariftreuegesetz**, wonach öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben sind, die diese Lohnuntergrenze bzw. Tarifverträge einhalten.

Die **Linksfraktionen** im Deutschen Bundestag und auch im Landtag haben zahlreiche Initiativen und Anträge in die Parlamente eingebracht, mit dem Ziel, Menschen aus der Armutsfalle Hartz IV zu holen; mit dem Ziel, dass menschenwürdige Arbeit auch so bezahlt wird, dass die Beschäftigten und ihre Familien davon menschenwürdig leben können. So lange sich die SPD zur handlungsunfähigen Gefangenen der Großen Koalitionen macht, bleiben ihre schönen Worte nichts als Worte. Oder besser gesagt, in Anlehnung an eines Ihrer Europawahlplakate: Ihre Worte bleiben weniger als Heiße Luft! An der kann man sich wenigstens wärmen. **Helmut Holter**



©geralt/Pixelio

Wahlversprechen der SPD, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen, ein Tariftreuegesetz und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen? Wir wissen, was daraus geworden ist! Gar nichts!

Mit der **Agenda 2010** haben die Sozialdemokraten einen **beispiellosen Sozialabbau** eingeleitet. Damit haben sie u.a. dafür gesorgt, dass Menschen per Gesetz arm werden, dass prekäre

noch rechts überholt, indem sie bei den Reichsten die Steuern gesenkt und zur Deregulierung auf den Finanzmärkten beigetragen hat. Nicht nur meine Partei und Fraktion halten es für einen Skandal, dass Deutschland mit seiner Wirtschaftskraft bisher **keinen gesetzlichen Mindestlohn** hat. Immer mehr Menschen können trotz Arbeit nicht von ihrem Einkommen leben. Mini-

Für Konversion

Die **Zustimmung** des Landtags zu unserem Antrag **„Rahmenbedingungen für Konversion weiter ausgestalten“** ist ein gutes Signal für die Konversionskommunen, die wieder Planungssicherheit haben. Offen sind allerdings nach wie vor die Fragen, warum die Interministerielle Arbeitsgruppe zwei Jahre nicht getagt hat, und die Beratung unseres Antrages fast ein Jahr gedauert hat. Damit ist wertvolle Zeit verloren gegangen. Mit der Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung über den Fortgang der Konversion durch das Wirtschaftsministerium werden hoffentlich solche unnötigen Auszeiten künftig vermieden. **Peter Ritter**

Aufstieg durch Bildung

Unser Antrag **„Qualifizierungsinitiative für Deutschland ‚Aufstieg durch Bildung‘ - Umsetzung in M-V“** wurde auch von meiner Fraktion **für erledigt erklärt**. Bildungsminister Tesch hat dargelegt, wie die Qualifizierungs offensive im Land umgesetzt und erreicht werden soll, bis 2015 die Aufwendungen für Bildung auf 10 % des gesamtstaatlichen Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Er sicherte zu, künftig über die weitere Umsetzung zu informieren. **Andreas Bluhm**

Jugendhilfe stärken

Mit der **Ablehnung** unseres Antrags „Chancengleiche Entwicklung für alle Kinder – Kinder- und Jugendhilfe im Land stärken“ machen die Koalitionsfraktionen erneut deutlich, wie ernst sie es mit dem Kinder- und Familienland M-V wirklich meinen.

Die Rahmenbedingungen müssen aber verbessert werden. Jugendämter, Familien, aber auch die Kinder selbst sind zunehmend mit der Bewältigung der Lebenswirklichkeit überfordert. Gleichzeitig leiden die Jugendämter unter permanenter Finanznot und bauen Personal ab. Die Gesellschaft spaltet sich zuerst bei den Kindern. Bezahlangebote können sich immer weniger Familien leisten. Deshalb soll sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzen, dass freiwillige Aufgaben wie die Jugend- und Schulsozialarbeit als pflichtige Aufgaben definiert werden.

Dr. Marianne Linke

Kinderschutzgesetz unzureichend

Die Koalitionsfraktionen haben unseren Antrag „**Entwurf eines Kinderschutzgesetzes der Bundesregierung völlig unzureichend**“ abgelehnt. Die Landesregierung wird den Entwurf im Bundesrat nicht ablehnen, obwohl er keinen tatsächlich wirksameren Kinder- und Jugendschutz ermöglicht. Er beschränkt sich auf die Schaffung neuer bzw. Konkretisierung bestehender Regelungen fast

ausschließlich im Bereich der Intervention. Für einen wirksameren Kinder- und Jugendschutz müssen aber die strukturellen Bedingungen der öffentlichen Jugendhilfe sowie der präventive Bereich gestärkt und die Elternarbeit intensiviert werden. Wir unterstützen weiter den Kinderschutzbund, der sagt, dass das neue Gesetz lediglich von der Debatte über wirksame Prävention im Kinderschutz ablenkt.

Dr. Marianne Linke

Schlichten vor Richten

Mit der **Ablehnung unseres Gesetzentwurfes zur Fortentwicklung der außergerichtlichen Streitbeilegung in M-V** durch die Große Koalition wurde die Chance vertan, die außergerichtlichen Möglichkeiten, Streit beizulegen, zu stärken.

Mit der plötzlichen Ankündigung, selbst einen Entwurf vorzulegen, haben SPD- und CDU-Fraktion unseren Antrag abgegebügelt. Schlechter

parlamentarischer Stil eben. Mit unserem Antrag wollten wir auch die rund 300 ehrenamtlichen Schiedsmänner und Schiedsfrauen stärken. Sie und ihre Arbeit sind kaum bekannt, weil es nicht verpflichtend ist, sie anzurufen. Dies ist eine Ressourcenverschwendung, denn ihre Tätigkeit als kostengünstige und zügige Variante der Konfliktlösung hat sich bewährt.

Barbara Borchardt

Verfassungskonform?

Es ist verantwortungslos, dass die Mehrheit der Koalitionsfraktionen unseren Antrag „**Hartz-IV-Verwaltung schnellstmöglich verfassungskonform strukturieren**“ abgelehnt hat. Noch vor der Bundestagswahl müssen verfassungskonforme Strukturen geschaffen werden. Bis Ende 2010 ist ein riesiger Aufwand zu bewältigen: gigantische Datenmengen werden verwaltet, und es sind umfangreiche Abstimmungsprozesse zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen erforderlich. Die Erfahrungen bei der Umsetzung von Hartz IV, massive Anlaufschwierigkeiten und laufende Probleme, zeigen, wie aufwändig es ist, funktionierende Strukturen zu schaffen.

Regine Lück

Kommunen stärken

Unser Antrag „**Europa – kommunale Interessen stärker berücksichtigen**“ wurde **abgelehnt**. Bei SPD und CDU besteht kein Interesse an einer Stärkung der Kommunen an europäischen Entscheidungsprozessen. Wir treten für eine öffentliche Würdigung der Arbeit des Ausschusses der Regionen (AdR) ein und dafür, dass im AdR auch z.B. ein Bürgermeister oder Landrat vertreten ist. Zudem erwarten wir, dass der Bericht über die Europafähigkeit der Kommunen einen besonderen Stellenwert erhält.

Barbara Borchardt

Quadratur des Kreises

Erwartungsgemäß wurde unser Antrag „**Neubeginn statt Sackgasse – Verwaltung modernisieren statt Kreise modellieren**“ **abgelehnt**. Dabei ist ein Neubeginn für eine umfassende Verwaltungsreform erforder-



lich, weil die Große Koalition dabei ist, die Reform an die Wand zu fahren. Sie beschränkt eine notwendige Verwaltungsmodernisierung auf den Neuzuschnitt der Kreisstrukturen. Diese Beschränkung führt zu immer stärkeren Zweifeln an einer Reformnotwendigkeit.

Die Ablehnungsfront wird immer breiter. Dennoch will die Große Koalition die Verwaltungsreform durchpeitschen. Wir sind der Auffassung, dass es Ziel sein muss, eine umfassende Verwaltungsreform zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen 2014 abzuschließen.

Gabi Mest'an

Sie können bei uns einen Flyer zum Thema erhalten.

Frauenquote

Unser Antrag „**Frauenquote in Aufsichtsräten**“ wurde zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss des Landtags **überwiesen**.

Hier ist jetzt Gelegenheit zu beraten, wie der skandalöse Umstand, dass lediglich 9 % der Aufsichtsratsposten in 160 börsennotierten Unternehmen in Deutschland mit Frauen besetzt sind, geändert werden kann. Eine verbindliche Frauenquote ist erforderlich.

Vorbild kann Norwegen sein. Dort müssen seit Anfang 2008 mindestens 40 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder in börsennotierten Unternehmen Frauen sein.

Peter Ritter

Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de ; 14. Mai 2009